

Stoppt den Naziterror

Demonstration gegen die NPD-Zentrale



XX.XX.XX

XX Uhr

XXXXXXXXXX

Berlin-Köpenick

- ⇒ Massenmobilisierung von unten gegen Nazis
- ⇒ Das Übel an der Wurzel packen: Gemeinsamer Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Profitwirtschaft

„Seit der Einheit sind über 100 dem Terror der Rechten zum Opfer gefallen“ („Der Spiegel“ 32/ 2000)

SAV

Sozialistische Alternative

Anrufen, Informieren, Mitmachen: 030 / 24 72 38 02

In diesem Sommer wurden in der BRD acht Menschen durch Neonazis ermordet. Im ersten Halbjahr 2000 wurden 5223 rechtsextreme Straftaten registriert. Auch wenn das ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um fast zehn Prozent ist, sind faschistische Gewalttaten bereits seit Jahren Realität.

Wie Ratten, denen auf den Schwanz getreten wurde, ist die rechtsextreme Szene seit Beginn der öffentlichen Diskussion über Verbote besonders unberechenbar geworden. Ein Teil der rechtsextremen Organisationen wähnt sich in diesen Tagen vor einer entscheidenden Machtprobe.

Die NPD - Sammelbecken der Nazis

1964 gegründet war die NPD lange Zeit die Partei der Alt-Nazis. Ausgehend vom Aufbau der Jungen Nationaldemokraten (JN) Anfang der 90er Jahre zur Kaderorganisation wurde die Partei im Zuge der Verbote von mehreren Neonazi-Organisationen zum wichtigsten Sammelbecken der Szene.

Verbot der NPD - eine Lösung?

Wie begrenzt Verbotmaßnahmen von bürgerlicher Seite sind, haben die Verbote von FAP und Wiking-Jugend 1995 bewiesen. Natürlich ist alles, was den Nazis Steine in den Weg legt, für die Linke und für die Arbeiterbewegung von Vorteil. Aber es ist nicht nur falsch, sondern auch gefährlich, Illusionen in den bürgerlichen Staat zu schüren.

Die Nazis sind und bleiben die „nützlichen Idioten“ der Herrschenden. Schlagen sie über die Stränge wie in Düsseldorf, werden sie etwas unter Beschuß genommen, aber ernsthaft Schaden soll ihnen nicht zugefügt werden.

Wie können wir die Nazis stoppen?

Um dem Treiben der Nazis Einhalt zu bieten, ist eine breite Massenmobilisierung das Gebot der Stunde. Allerdings keine Bündnisse wie in Düsseldorf oder in Berlin: Es ist unmöglich, die rassistische Gewalt gemeinsam mit dem bürgerlichen Establishment, also mit denjenigen zu bekämpfen, die verantwortlich für Rassismus und Sozialabbau sind.

Die SAV macht sich dafür stark, dass Gewerkschaften, PDS, SchülerInnen- und Studierendenvertretungen und anderen gemeinsam gegen die NPD-Bundeszentrale in Berlin-Köpenick auf die Straße gehen.

Die DGB-Führung muss endlich mit dem "Bündnis für Arbeit" brechen, statt darüber zu diskutieren, ob die Nazi-Gewalt im Rahmen dieses Bündnisses thematisiert werden soll. Der beste Weg, die Nazis zu stoppen, wäre der gemeinsame Kampf von deutschen und nichtdeutschen ArbeiterInnen und Jugendlichen gegen den sozialen Kahlschlag unter Rot-grün.

Was will die SAV?

Die Sozialistische Alternative organisiert **Gegenwehr** gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für **Solidarität**, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer. Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern zusammengeschlossen. Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet. Unsere Alternative heißt **Sozialismus**, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Infos unter
030/ 24 72 38 02 oder
www.sav-online.de

Abgeben am Info-Stand der SAV, bei Deinem VORAN-Verkäufer oder senden an:
Sozialistische Alternative, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin, Telefon: (030) 24723802, Fax: (030) 24723804
e-mail: savbund@t-online.de

Nazi-Gewalt stoppen

**Kein Vertrauen in Polizei und Justiz –
Massenmobilisierung durch Gewerkschaften,
Immigrantenverbände, antifaschistische Organi-
sationen und linke Parteien**

**Kommt alle zur Demo gegen
die NPD-Bundeszentrale in Berlin-Köpenick**

In diesem Sommer wurden in der BRD acht Menschen durch Neonazis ermordet. Im ersten Halbjahr 2000 wurden 5223 rechtsextreme Straftaten registriert. Auch wenn das ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um fast zehn Prozent ist, sind faschistische Gewalttaten bereits seit Jahren Realität. Doch bis zum Düsseldorfer Bombenanschlag waren die Aktionen der Nazis den bürgerlichen Medien meistens nur kurze Meldungen wert.

Für den SPD-Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Fritz Behrens, ist das "Unglück wie eine Naturkatastrophe über die Deutschen" hereingebrochen. Richtig ist, dass die faschistische Szene sich nach den staatlichen Scheinmaßnahmen Mitte der 90er Jahre neu organisieren konnte. Laut Verfassungsschutz ist die Zahl der Aktivisten von 35.000 1993 auf 53.000 1998 angestiegen. Mit 4000 Teilnehmern kam es am 1. März 1997 in München zum größten faschistischen Aufmarsch seit 27 Jahren. München war der

Auftakt für eine bedeutende Zahl von Demo-Mobilisierungen, um das Umfeld verstärkt bei der Stange zu halten. 1998 fanden in vier der größten Städte Ostdeutschlands Nazi-Aufmärsche von mehr als 1000 Teilnehmern statt. Im Osten setzen NPD und Kameradschaften auch zunehmend auf radikale Phrasen, die sich scheinbar gegen das Großkapital richten.

Im Juni und Juli dieses Jahres gipfelten diese Entwicklungen in 8 faschistische Mordtaten. Unter den Opfern waren auch drei Obdachlose - in Ahlbeck, Greifswald und Wismar (im Fall von Wismar gab der Täter, ein NPD-Mitglied, gegenüber der Polizei an: "Die sollen erstmal arbeiten gehen"). Unter dem Motto "Die Zukunft gehört den Kindern, nicht den Homos und nicht den Indern" demonstrierte die NPD am 29.7. in Stuttgart zum ersten Mal gegen den Christopher Street Day.

Auch wenn in Sachsen-Anhalt auf die Einwohnerzahl bezogen bei- nahe zehnmal so viele rechtsextre-

me Gewalttaten wie in Hessen ver- übt werden, liegen weder Dort- mund, wo ein ehemaliges DVU-Mit- glied drei Polizisten erschossen hat, noch Ludwigshafen, wo Rechtsradi- kale Molotow-Cocktails in ein Flüchtlingsheim warfen, oder Düs- seldorf im Osten der BRD.

Wie Ratten, denen auf den Schwanz getreten wurde, ist die rechtsextreme Szene seit Beginn der öffentlichen Diskussion über Verbo- te besonders unberechenbar gewor- den. Ein Teil der rechtsextremen Or- ganisationen wähnt sich in diesen Tagen vor einer entscheidenden Machtprobe. Mit Provokationen wie der angekündigten Demo gegen das Holocaust-Mahnmal am Tag der Ausschwitz-Befreiung versuchen sie Stärke zu demonstrieren.

Die NPD

- Sammelbecken der Nazis

"Die symbiotische Beziehung funktioniert: Die NPD meldet eine Demonstration an, die Kamerad-

SAV

Sozialistische Alternative

schaften und Blood and Honour sorgen für Präsenz auf der Straße“ („Der Spiegel“, 32/2000). Die Zuspitzung der bürgerlichen Verbotsdebatte auf die NPD ist eine Bestätigung der Perspektiven der SAV. Unsere Partei hatte bereits vor Jahren analysiert, dass NPD und JN zum Dreh- und Angelpunkt der rechtsextremen Szene werden.

1964 gegründet war die NPD lange Zeit die Partei der Alt-Nazis. Ausgehend vom Aufbau der JN Anfang der 90er Jahre zur Kaderorganisation wurde die Partei im Zuge der Verbote von mehreren Neonazi-Organisationen zum wichtigsten Sammelbecken der Szene. Schon 1993 hatte JRE eine erfolgreiche Kampagne zur Verhinderung des NPD-Bundesparteitages durchgeführt.

Allerdings konnte auch die NPD in den letzten Jahren nicht geradlinig aufbauen. 1999 schrumpfte die Mitgliedszahl in der Hochburg Sachsen von 1400 auf 1000. Hintergrund sind die Schwierigkeiten bei dem Spagat zwischen Partei auf der Wahlebene und Anlaufstelle für Stiefelfaschisten.

Wie heuchlerisch die derzeitige Propaganda des Establishments ist, wird übrigens daran deutlich, dass die NPD in den 70er Jahren bankrott gegangen wäre, wenn sie nicht von der damaligen SPD/ FDP-Bundesregierung Schulden gestundet bekommen hätte.

Was steckt hinter dem Vorgehen der Herrschenden?

Rassismus ist ein alltägliches Erscheinungsbild im Kapitalismus. Vor dem Hintergrund von Massenarbeitslosigkeit, neoliberaler Offensive und dem sozialen Kahlschlag in der Ex-DDR setzten die Bürgerlichen in den 90er Jahren mehrmals verstärkt auf die rassistische Karte, um von ihrer eigenen Verantwortung abzulenken. Vor zehn Jahren legte die Asyldebatte der etablierten Parteien die Saat für rechtsextreme Pogrome

wie in Hoyerswerda oder Rostock-Lichtenhagen. In ähnlicher Weise gingen die Verschärfungen in der Abschiebepolitik (Bundesinnenminister Otto Schily: „Die Grenze der Belastbarkeit ist überschritten“) oder der rassistische Wahlkampf der CDU in NRW (Slogan: „Kinder statt In-der“) dem Anstieg der faschistischen Aktivitäten voraus. Auch der Wahlerfolg von Haider's FPÖ in Österreich gab den Rechtsextremen Auftrieb. Ein Faktor war ebenfalls die niedrige Zahl von Streiks und Arbeitskämpfen in der letzten Phase.

Nazis sind die „nützlichen Idioten“ des Kapitals. Ihre Funktion ist es, die Linke einzuschüchtern und ImmigrantInnen abzuschrecken. Das eigentliche Ziel der Faschisten ist die Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen und die Errichtung einer Diktatur. Die Kapitalisten haben heute kein Interesse an einer faschistischen Massenbewegung. Dennoch hält der bürgerliche Staat die Faschisten bewusst am Leben, um sie bei einer Zuspitzung der Klassenkämpfe als Hilfstruppen des Kapitals nutzen zu können. Allerdings hat der Staatsapparat die Nazi-Szene nicht völlig unter Kontrolle. Darum geht er auch gegen sie vor, wenn sie ihm zu weit gehen.

Spätestens der Bombenanschlag von Düsseldorf, hat der herrschenden Klasse vor Augen geführt, dass die jüngsten Entwicklungen (Waffenlager, illegale Schusswaffen, web-sites im Internet etc.) schwer zu kontrollieren sind. Ein führender Kopf des Bundes der Deutschen Industrie (BDI), Ludolf-Georg von Wartenberg, gestand: „Wir haben das Problem der Gewalt zu lange übersehen“ (Economist vom 5.8.00).

Außerdem „wächst in der Wirtschaft die Sorge, dass die Gewalt gegen Ausländer sich negativ auf den Wirtschaftsstandort Deutschland auswirkt“ (Handelsblatt vom 8.8.00). Für das Kapital zählen in der Ausländerpolitik ausschließlich öko-

Blutspur der Faschisten

„Seit der Einheit sind über 100 dem Terror der Rechten zum Opfer gefallen“ („Der Spiegel“ 32/ 2000)

Die NPD zählt 6.000 Mitglieder, die Jungen Nationaldemokraten 350 Mitglieder

Bundesweit existieren 150 freie Kameradschaften mit 2.200 Neonazis

Blood and Honour, nationalsozialistischer Organisator von Skinkonzerten, verfügt über einen harten Kern von 240 Mitgliedern

nomische Interessen. Ihnen geht es nicht um Menschenrechte, sondern um ihre Stellung im internationalen Konkurrenzkampf. Vor dem Hintergrund von rechtsextremen und antisemitischen Straftaten sehen sie ihre Greencard-Regelung und vor allem die Anwerbung von Fachkräften für Betriebe in Ostdeutschland gefährdet.

Darüber hinaus zielt das Establishment mit ihren Ankündigungen von oben - ob Appelle oder Diskussion über ein NPD-Verbot - auch darauf ab, eine Bewegung von unten zu verhindern.

Verbot der NPD - eine Lösung?

Wie begrenzt Verbotsmaßnahmen von bürgerlicher Seite sind, haben die Verbote von FAP, Wiking-Jugend und anderen faschistischen Kräften 1995 bewiesen. Natürlich ist alles, was den Nazis Steine in den Weg legt, für die Linke und für die Arbeiterbewegung von Vorteil. Aber es ist nicht nur falsch, sondern auch gefährlich, Illusionen in den bürgerlichen Staat zu schüren.

Der Staat ist nicht neutral, sondern das Produkt von Klassegegensätzen. Dem Staat kommt die Funktion zu, die ökonomisch herrschende Klasse auch zur politisch herrschenden Klasse zu machen. Wenn Erwartungen in den bürgerlichen Staat geweckt werden, wird die Arbeiterklasse in die Passivität getrieben. Der effektivste Schutz vor der faschistischen Bedrohung ist die unabhängige Organisation der arbeitenden Bevölkerung. Nachbarschaftskomitees, wie sie zwischen 1992 und 1994 aufgebaut worden waren, sind kleine positive Beispiele.

Die Aufrüstung des Staatsapparates wird sich letztendlich auch gegen die Linke und die Arbeiterbewegung richten. Nachdem die NPD Anfang des Jahres durch das Brandenburger Tor marschiert war, war das für bürgerlichen Politiker ein Vorwand, Einschränkungen des Demonstrationsrechts zu fordern, um auch gegen die linken Proteste vor dem Reichstag vorgehen zu können. Wenn Joschka Fischer "Null Toleranz" fordert, dann redet er einer "Sicherheitspolitik" das Wort, die in New York unter dem Bürgermeister Rudolph Giuliani zu massiver Repression überwiegend von ImmigrantInnen führte.

Wie können wir die Nazis stoppen?

Um dem Treiben der Nazis Einhalt zu bieten, ist eine breite Massenmobilisierung das Gebot der Stunde. Allerdings keine Bündnisse wie in Düsseldorf oder in Berlin: Es ist unmöglich, die rassistische Gewalt gemeinsam mit dem bürgerlichen Establishment, also mit denjenigen zu bekämpfen, die verantwortlich für Rassismus und Sozialabbau sind.

Die SAV macht sich dafür stark, dass Gewerkschaften, PDS, SchülerInnen- und Studierendenvertretungen und anderen gemeinsam gegen die NPD-Bundeszentrale

in Berlin-Köpenick auf die Straße gehen. Die DGB-Spitze sah sich gezwungen, für den 27.1. eine Gegenmobilisierung gegen den geplanten NPD-Aufmarsch am Holocaust-Mahnmal anzukündigen. So richtig diese Initiative ist, so richtig ist es auch, nicht ein halbes Jahr warten zu können. Je erfolgreicher eine Demo gegen die NPD-Bundeszentrale in diesem Herbst ist, desto schwächer würde die NPD im nächsten Winter dastehen.

Der Bundesregierung und den Kapitalisten ist daran gelegen, mit der Debatte über die rechtsextreme Bedrohung von ihren nächsten Vorhaben abzulenken: Rentenreform, weitere Verlängerung der Ladenöffnungszeiten und Aushöhlung des Kündigungsschutzes. Die DGB-Führung muss endlich mit dem "Bündnis für Arbeit" brechen, statt darüber zu diskutieren, ob die Nazi-Gewalt im Rahmen dieses Bündnisses thematisiert werden soll. Der beste Weg, die Nazis zu stoppen, wäre der gemeinsame Kampf von deutschen und nichtdeutschen ArbeiterInnen und Jugendlichen gegen den sozialen Kahlschlag unter Rot-grün.

Angesichts der jüngsten Ereignisse steht die Demo der Gewerkschaftsjugend am 23.9. in Berlin vor einem anderen Vorzeichen. Die SAV tritt dafür ein, die Demo zu nutzen, um den Kampf gegen den (Aus-)bildungsnotstand mit dem Kampf gegen Rassismus und Faschismus zu verbinden. Es muss deutlich gemacht werden, dass Rot-grün und Unternehmerschaft für beides die Verantwortung tragen.

Das Übel an der Wurzel packen

In diesem Herbst jährt sich die kapitalistische Wiedervereinigung zum zehnten Mal. Nicht nur die Kapitalisten, selbst ein Andre Brie von der PDS hatte in der Berliner Zeitung

vom 7.8. die „DDR-Vergangenheit“ mit ihrem „law-and-order“-Charakter“ als einen der Gründe für den Rechtsextremismus im Osten genannt. Damit lenkt auch ein Andre Brie davon ab, welche soziale Krise die Einführung der Marktwirtschaft herbeigeführt hat.

Allerdings führen soziale Probleme nicht automatisch zu Rassismus unter den Betroffenen. Soziale Probleme führen nur dazu, dass über eine radikale Veränderung nachgedacht wird. Wenn auf der Linken keine politische Alternative angeboten wird, steigt die Gefahr, dass ein Teil der Betroffenen auf der Rechten nach einem Ausweg sucht. Die PDS hat sich in Ostdeutschland unfähig gezeigt, die Jugend zu erreichen. Da die PDS die Marktwirtschaft akzeptiert, muss sie auch die Folgen der Marktwirtschaft akzeptieren. Ausgerechnet in Mecklen-

Parteiverbote in den 50er Jahren

Bei den Verboten von KPD und der rechtsextremen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) in der BRD in den 50er Jahren wurde mit zweierlei Maß gemessen. Das Verbot der SRP traf 1952 eine im Niedergang begriffene Partei. Die Entnazifizierung war damals bereits eingestellt worden. Demgegenüber wurden die „Diskriminierungs- und Verfolgungsmaßnahmen gegenüber Linken 1956 durch das Verbot der Kommunistischen Partei sanktioniert und systematisiert. (...) In der Zeit des Kalten Krieges wurden pro Jahr im Durchschnitt 15.000 politisch begründete Ermittlungsverfahren geleitet, so dass man durchaus von Massenverfolgungen sprechen kann“ (Reinhard Kühnl, Gefahr von rechts?).

burg-Vorpommern, mit der PDS in der Regierung, kam es letztes Jahr nach Sachsen-Anhalt auf die Einwohnerzahl bezogen zu den meisten rechtsextremen Gewalttaten. Ausgerechnet in Sachsen-Anhalt - nach vier Jahren von der PDS tolerierter rot-grüner Regierung - konnten die DVU bei den jüngsten Landtagswahlen mehr als 10 Prozent der Stimmen erreichen.

Notwendig ist der Aufbau einer

neuen Arbeiterpartei in Ost und West - mit einem konsequenten sozialistischen Programm. Erst wenn das kapitalistische System gestürzt ist, wenn eine sozialistische Gesellschaft geschaffen wird und wenn niemand mehr ein Interesse daran hat, die arbeitende Bevölkerung zu spalten und gegeneinander auszuspielen, wird Rassismus und Faschismus ein für alle mal der Boden entzogen sein.

Was will die SAV?

Die Sozialistische Alternative organisiert **Gegenwehr** gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für **Solidarität**, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer. Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern zusammengeschlossen. Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet. Unsere Alternative heißt **Sozialismus**, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

- ➔ Weg mit der NPD-Bundeszentrale
- ➔ Verhinderung von faschistischen Aktivitäten und Aufbau eines effektiven Selbstschutzes durch Gewerkschaften, ImmigrantInnenverbänden, antifaschistischen Organisationen und linken Parteien
- ➔ Keine Vermietung öffentlicher Straßen, Räume und Plätze an Nazis
- ➔ Statt Rassismus: Arbeit und gleiche Rechte für alle
- ➔ Gemeinsamer Kampf von deutschen und nichtdeutschen ArbeiterInnen und Jugendlichen gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau
- ➔ Bekämpfung der Fluchtursachen, nicht der Flüchtlinge; Schluss mit Waffenexporten, Enteignung der Rüstungskonzerne, Verstaatlichung der Banken und Streichung aller Schulden der Länder der „Dritten Welt“

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Infos unter
030/ 24 72 38 02 oder
www.sav-online.de

Abgeben am Info-Stand der SAV, bei Deinem VORAN-Verkäufer oder senden an:
Sozialistische Alternative, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin, Telefon: (030) 24723802, Fax: (030) 24723804
e-mail: savbund@t-online.de